



Aktueller Begriff

Strategien gegen Drogenmissbrauch

Die **Vereinten Nationen** legten im Jahr 1987 durch die Resolution 42/112 der Generalversammlung den 26. Juni als **jährlichen Aktionstag gegen Drogenmissbrauch** fest. Ziel ist es, die Öffentlichkeit für den Missbrauch von Suchtmitteln (Drogen) einschließlich gesundheitlicher Folgen zu sensibilisieren und Präventionsmaßnahmen zur Bekämpfung des Drogenmissbrauchs aufzuzeigen. Gemeinhin wird unterschieden zwischen **legalen Drogen** wie Alkohol, Tabak und Nikotin, schädlichem Gebrauch von Medikamenten und Internet sowie **illegalen Drogen** wie Cannabis, Kokain, Heroin und Crystal Meth. Große Sorgen bereitet der Missbrauch neuer psychoaktiver, synthetischer Stoffe.

Die Drogenbeauftragte der Bundesregierung, Daniela Ludwig, und das Bundesministerium für Gesundheit verweisen auf aktuelle Zahlen, nach denen in Deutschland etwa 14,4 Millionen Menschen rauchen und rund 1,6 Millionen Menschen in der Altersgruppe der 18- bis 64-jährigen alkoholabhängig sind. Schätzungen legen nahe, dass 2,3 Millionen Menschen von Medikamenten abhängig sind. Rund 600.000 Menschen weisen einen problematischen Konsum von Cannabis und anderen illegalen Drogen auf und gut 500.000 Menschen zeigen ein problematisches oder sogar pathologisches Glücksspielverhalten. Es ist zudem davon auszugehen, dass in Deutschland etwa 560.000 Menschen onlineabhängig sind. Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes sind im Jahr 2019 knapp **77.600 Menschen** an Folgen von Erkrankungen, die mit **Rauchen** in Verbindung gebracht werden, verstorben. Nahezu **14.000 Personen** – zuzüglich einer vermutlich hohen Dunkelziffer – verstarben im Zusammenhang mit **Alkohol**. Die Drogenbeauftragte der Bundesregierung verweist zudem darauf, dass im Jahr 2020 mehr als **1.500 Todesfälle registriert worden seien**, die auf **illegale Drogen zurückzuführen** sind. Dies stelle eine Steigerung von 13 Prozent im Vergleich zum Vorjahr dar.

Die Bundesregierung erstattet jährlich nach § 28 Betäubungsmittelgesetz (BtMG) dem Generalsekretär der **Vereinten Nationen** einen Jahresbericht über die Umsetzung von drei **internationalen Suchtstoffübereinkommen**, die von der Bundesregierung ratifiziert wurden. Diese dienen den übergeordneten Zielen, die Gesundheit der Menschen vor den Gefahren von Betäubungsmitteln und psychotropen Substanzen zu schützen, den Zugang zu bestimmten Betäubungsmitteln für die medizinische Anwendung sicherzustellen sowie medizinische und wissenschaftliche Forschung an kontrollierten Substanzen zuzulassen. Auf europäischer Ebene legt die **EU-Drogen-Strategie** den politischen Rahmen und die Prioritäten für die Drogenpolitik der EU für den Zeitraum 2021-2025 fest. Diese setzt einen deutlichen Fokus auf Prävention, Behandlung und Schadensminderung sowie die besonderen Bedürfnisse vulnerabler Gruppen und betont einen evidenzbasierten Ansatzpunkt, um wirksamer auf zunehmende Herausforderungen reagieren und diese besser antizipieren zu können. Auf **nationaler Ebene** informiert die Drogenbeauftragte der Bundesregierung jährlich in einem Bericht über die Entwicklung des Drogenmissbrauchs in

Deutschland und aktuelle Maßnahmen und Kampagnen. Um dem Missbrauch von legalen und illegalen Drogen entgegenzuwirken, hat die Bundesregierung auf nationaler Ebene – bereits im Jahr 2012 – eine **Strategie zur Drogen- und Suchtpolitik** beschlossen. Diese beruht auf vier Säulen: **Prävention, Beratung und Behandlung, Schadensreduzierung** sowie **Angebotsreduzierung** und **Strafverfolgung**. Bei der Präventionsarbeit wird ein besonderes Augenmerk auf die Aufklärung von Kindern und Jugendlichen gerichtet, um die Entwicklung eines Konsumverhaltens zu vermeiden. Die Beratungsangebote und Maßnahmen zur Schadensreduzierung wie z. B. die Ausgabe von Spritzen und anderen Safer-Use-Utensilien dienen der Minimierung gesundheitlicher Risiken.

Die letzte Säule der Angebotsreduzierung und der strafrechtlichen Verfolgung des Drogenkonsums wird gesellschaftlich und politisch – jedenfalls **im Hinblick auf Cannabis** – kontrovers diskutiert: Befürworter eines **liberalen Umgangs mit Cannabis** sind der Ansicht, dass Strafverfolgung nicht die Ursachen für Drogenmissbrauch bekämpfe und hohe Kosten mit sich bringe. Sie treten stattdessen für die Legalisierung von Cannabis ein, die den Vorteil habe, dass eine staatliche Regulierung, Qualitätskontrolle und Besteuerung erfolgen könne. Befürworter einer **prohibitiven Drogenpolitik** betonen demgegenüber die gesundheitlichen Gefahren des Konsums. Verbote schützten die Bevölkerung und insbesondere Jugendliche vor gesundheitlichen Schäden wie Suchtproblemen und Psychosen. Bei einer Legalisierung der Droge Cannabis sei zu befürchten, dass diese als Einstiegsdroge an die sogenannten harten Drogen näher heranführt. Bereits jetzt sieht **§ 31a BtMG** die Möglichkeit vor, bei Eigenbesitz von geringen Mengen an Betäubungsmitteln von der Strafverfolgung abzusehen. Zurzeit bestehen bei der Bemessungsgrenze der geringen Mengen unterschiedliche landesrechtliche Vorgaben. Der **Ausschuss für Gesundheit des Deutschen Bundestages** hat kürzlich die Frage der **Einführung bundeseinheitlicher Grenzen** im Rahmen einer öffentlichen Anhörung beraten und die Ablehnung der diskutierten Anträge empfohlen. In Deutschland ist seit März 2017 die Anwendung von Cannabis zu medizinischen Zwecken unter strengen gesetzlichen Bestimmungen möglich. Die Voraussetzungen für den medizinischen Einsatz von Cannabis sind im Wesentlichen im Betäubungsmittelrecht geregelt. Auch nach Inkrafttreten der entsprechenden Vorschriften wird regelmäßig diskutiert, ob weitere Gesetzesänderungen notwendig sind, um eine noch bessere therapiegerechte Versorgung von Patientinnen und Patienten zu ermöglichen.

Quellen und Literatur

- Die Drogenbeauftragte der Bundesregierung (Hg.), Jahresbericht 2020, abrufbar unter https://www.bundesgesundheitsministerium.de/fileadmin/Dateien/5_Publikationen/Drogen_und_Sucht/Berichte/Broschuere/DSB_Jahresbericht_2020_bf.pdf.
- Europäischer Drogenbericht 2020, Kernthemen, hg. von der Europäischen Beobachtungsstelle für Drogen und Drogensucht European Drug Report, abrufbar unter: <https://www.emcdda.europa.eu/system/files/publications/13238/TD0420439DEN.pdf>.
- Wiczorek, Maximilian, Internationale Drogenpolitik. Ansätze und aktuelle Diskurse, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Beitrag vom 27. November 2020, abrufbar unter: <https://www.bpb.de/apuz/rausch-und-drogen-2020/321822/internationale-drogenpolitik-ansaezte-und-aktuelle-diskurse>.
- Wissenschaftliche Dienste des Deutschen Bundestages, Legalisierung von Cannabis. Auswirkungen auf die Zahlen der Konsumenten in ausgewählten Ländern, WD 9 – 3000 – 072/19, Ausarbeitung vom 21. November 2019, abrufbar unter: <https://www.bundestag.de/resource/blob/675688/4ba9aed6de8e9633685a1cdc2d823525/WD-9-072-19-pdf-data.pdf>.